



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

25. September 2026
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Gegen die Angriffe der Regierung: Die Waffe der Arbeitenden ist der Streik

Die Regierungsparteien – allen voran CDU-Kanzler Merz – haben ihre verdiente Quittung erhalten. Sie sind bei den drei Landtagswahlen gnadenlos abgestürzt.

Und dennoch wollen beide Parteispitzen ihren Generalangriff auf Rente, Gesundheit, Pflege, Arbeitszeiten, Wohngeld und Arbeitssicherheit sowie die massiven Sparpläne im Öffentlichen Dienst durchpeitschen.

Denn die Konzernbosse wollen diesen Generalangriff um jeden Preis. Der Siemens-Chef und andere haben bereits gefordert, die Regierung dürfe sich jetzt bloß nicht von den Wählern aufhalten lassen. Die Reformen von Merz wären „unverzichtbar“.

Ja, für die Bosse sind sie unverzichtbar. Ihre gigantischen Vermögen sollen weiter wachsen – trotz des harten Konkurrenzkampfes, trotz der Kriege und ihrer wirtschaftlichen Folgen wie in der Stra-

ße von Hormuz. Und dafür müssen sie die Krisen noch radikaler als bisher auf uns abwälzen.

Deshalb wollen sie uns noch länger befristet einstellen und flexibel bis zu 13 Stunden arbeiten lassen dürfen. Deshalb soll der Staat radikal bei den Kassen für Renten und Pflege, für Schulen, Kitas und Nahverkehr sparen und das Geld stattdessen dem Großkapital zuschustern: in Form von noch mehr Steuererleichterungen, Subventionen und Rüstungsaufträgen.

Und CDU und SPD sind bereit, diese Forderungen umzusetzen – selbst wenn sie dadurch noch die letzten Stimmen verlieren sollten.

Ihr „Reformpaket“ würde uns in wenigen Jahren massiv schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen beschern und viele in Armut schleudern. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir uns mit unseren Druckmitteln zur Wehr setzen: ge-

gen die Regierung und die Kapitalisten hinter ihnen.

In Berlin streiken Beschäftigte des größten Krankenhauses gegen die Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen. Am Montag haben 175.000 Arbeiter aller Autokonzerne und großen Zulieferer gemeinsam die Arbeit niedergelegt.

Für Samstag, den 26. September rufen die Gewerkschaften zu Protesten in ganz Deutschland auf. Ein einzelner Protesttag wird natürlich nicht reichen, um Regierung und Großkapital zu zwingen, Angriffe zurückzunehmen. Und die Gewerkschaftsführung hat, wie jüngst wieder bei VW, bewiesen, dass sie keinen ernsthaften Kampf gegen die Herrschenden will.

Doch wir Arbeitenden können den Protesttag als erste Etappe nutzen, um über Betriebe und Branchen hinweg weitere Proteste und Streiks vorzubereiten. Das nämlich ist die einzige Sprache, die die Herrschenden verstehen.

AfD: Ein weiterer, noch gefährlicherer Feind der Arbeiterklasse

Das Sparprogramm und die gleichgültige Arroganz der Regierung angesichts von Entlassungen, explodierenden Preisen und immer größerer Lebensunsicherheit haben dazu beigetragen, dass die AfD bis zu 44% der Stimmen bekommen hat. Zum ersten Mal könnte sie vielleicht sogar eine Landesregierung stellen.

Während den einen diese Entwicklung große Sorgen bereitet, erhoffen sich andere, dass es mit der AfD besser würde. Doch das ist ein großer Irrtum.

Ja, die Lage für uns Arbeitende wird immer schlimmer. Und deshalb müssen wir grundlegend etwas ändern. Doch eine AfD ist dabei nicht unser Freund. Sie ist unser schlimmster Gegner.

Die AfD erklärt: Wenn sie an die Regierung käme, würde sie aufhören, sich am Krieg zu beteiligen und Geld in die Ukraine zu schicken. Dann gäbe es wieder genug Geld für „unser eigenes Land“. Das hat Trump auch versprochen. Das Ergebnis sehen wir.

Bei der AfD wäre es nicht anders. Denn

ihr Wahlversprechen beruht auf einer Lüge: Das Geld geht nämlich gar nicht ins Ausland. Die Regierung kauft davon Waffen bei deutschen Rüstungs-, Stahl und Elektrokonzernen. Auf deren Konten landen die „Ukraine-Hilfen“.

Die wahre Frage also lautet: Geht das Geld an die deutschen Konzernbosse – oder in unsere Renten- und Gesundheitsversorgung.

Genau davon aber will die AfD ablenken. Denn darauf hat sie keine Antwort. Schließlich gibt sie offen zu, für eben diese deutschen Unternehmen regieren zu wollen. Sie verspricht sogar, unter ihrer Regierung würden sie noch mehr Profit machen. Auch sie würde also dafür sorgen, dass das Geld in irgendeiner Weise weiter auf den Konten der Bosse landet und eben nicht bei uns.

Gerade weil damit auch die AfD wichtige Versprechen wie niedrigere Energiepreise, mehr Krankenhäuser oder bessere Renten nicht erfüllen würde, würde sie vor allem versuchen, ein paar ihrer

aufsehererregenden Wahlversprechen umzusetzen: Bürgerwehren gründen, die patrouillieren und alle einschüchtern, die ihnen nicht passen; Lehrer suspendieren, die zu kritische Äußerungen machen; Krankenhäusern Geld streichen, wenn sie Abtreibungen vornehmen; Migranten auf der Arbeit verhaften und direkt in ein Abschiebeflugzeug setzen...

Noch mehr Spaltung, noch mehr Arbeitende, die in Unsicherheit leben müssen und die Angst haben, Kritik zu äußern oder sich zu wehren: Das würde eine AfD-Regierung bedeuten, wenn nicht noch schlimmeres. Es wäre ein Rückschlag für uns alle!

Es gibt nur eine wirksame Antwort auf die Bedrohung, die von der jetzigen Regierung und umso mehr von einer AfD ausgeht. Wir Arbeitende müssen uns zusammenschließen und selber kämpfen: gegen die Angriffe egal welcher Regierung und der Konzernbosse – und letztlich dafür, dass wir die Macht über die Betriebe und die Gesellschaft erlangen und sie grundlegend umkrempeln.

Berlin: Die Immobilien-Haie dürfen die Mieter abzocken – aber sie zu enteignen ist ein Verbrechen?

Seit Die Linke mit deutlicher Mehrheit die Landtagswahl in Berlin gewonnen hat, hat eine regelrechte Hetzkampagne gegen sie begonnen. Insbesondere die CDU tut sich damit hervor, die Berliner Linke quasi als kriminelle Terroristen darzustellen – grundsätzlich, und vor allem wegen ihrer öffentlichen Solidarität mit den Palästinensern, die noch immer täglich von der israelischen Armee terrorisiert und ermordet werden.

Das Ziel dieser Kampagne ist mehr als durchsichtig. Sie soll Die Linke um jeden Preis in Misskredit bringen – und mit ihr das eine große Versprechen, mit dem diese zur Wahl angetreten ist und gewonnen hat: die Vergesellschaftung von 270.000 Wohnungen, die derzeit in den Händen 13 großer Wohnungskonzerne wie Vonovia und Co. sind.

Diese Immobilien-Haie haben die Mieten in den letzten zwanzig Jahren in schwindelerregende Höhen geschraubt und dabei zahllose Arbeiterfamilien aus ihren Wohnungen gedrängt.

Bereits 2021 hatten bei einem Volksentscheid mit großer Wahlbeteiligung 58% der Berliner Bevölkerung dafür gestimmt, die großen Wohnungskonzerne in Berlin zu enteignen und ihre Wohnungen in öffentliches Eigentum zu überführen. Doch die ach so „demokratische“ CDU-SPD-Landesregierung hat sich schlicht geweigert, den Volksentscheid umzusetzen. Die Linke hat nun versprochen, dies endlich zu tun.

In Wahrheit ist selbst dieses Wahlversprechen der Linken moderat. Die Woh-



2018-2021: Immer wieder fordern Zehntausende die Enteignung der Miet-Haie

nungskonzerne haben gerade vom ärmeren Teil der Berliner Bevölkerung seit Jahren Wuchermieten erpresst und auf diese Weise Milliarden verdient. Ein Teil ihrer Wohnungen sind obendrein regelrechte Bruchbuden, die dringend renoviert werden müssen.

Dennoch sollen sie für die Vergesellschaftung dieser Wohnungen noch 10-20 Milliarden Euro als Entschädigung erhalten – bezahlt aus den ohnehin leeren öffentlichen Kassen Berlins.

Doch selbst das ist schon inakzeptabel, nicht nur für die Aktionäre der Wohnungskonzerne. Auch die Politiker von CDU und SPD wollen auf keinen Fall, dass auch nur die Idee bestärkt wird, man könne Konzernbosse enteignen. Nachher könnte das noch Schule machen.

Die Hetz-Kampagne soll daher dafür sorgen, dass die Linke gar nicht erst an die Regierung kommt oder zumindest ihre Position in einer neuen Regierung

von Anfang an geschwächt ist. Und sollte die neue Berliner Regierung die Vergesellschaftung doch in Angriff nehmen, drohen die Wohnungskonzerne bereits mit Klagen beim Bundesverfassungsgericht, die Banken mit höheren Bau-Zinsen und Merz droht damit, ein Gesetz gegen die Enteignung von Wohnungsgesellschaften zu erlassen.

Für alle diejenigen, die von den hohen Mieten erdrückt werden, wird sich also auch mit einer linken Berliner Regierung nicht so bald etwas ändern. Außer, wenn sie ihrerseits wieder – wie vor dem Volksentscheid – durch Massenproteste auf der Straße Druck ausüben.

Doch statt darüber aufzuklären, dass man mehr braucht als eine nette Regierung, um ernsthafte Maßnahmen im Interesse der Bevölkerung gegen die Kapitalisten und ihren Staatsapparat durchzusetzen und statt entsprechende Kämpfe vorzubereiten, schürt Die Linke immer wieder die Illusion, dass es reichen würde sie zu wählen.

Warum nicht gleich ein 24-Stunden-Tag?

Japan war berüchtigt dafür, dass sich Menschen wegen des extremen Arbeitsdrucks in vielen Betrieben wortwörtlich zu Tode gearbeitet haben. 2019 hatte die Regierung daher ein Gesetz eingeführt, dass die Zahl der Überstunden zumindest auf 45 pro Monat begrenzt, was immer noch extrem viel ist.

Doch eben diese Grenze hat die Regierung nun wieder abgeschafft: um „Bürokratie abzubauen und die Konkurrenzfähigkeit japanischer Unternehmen auf dem Weltmarkt zu sichern“. Dafür sollen sich Arbeitende Japans nun wieder – ganz legal – zu Tode arbeiten!

Eine Konkurrenz-Spirale ohne Ende

Mit genau denselben Argumenten versucht die Regierung bei uns gerade durchzusetzen, dass wir länger arbeiten, später in Rente gehen und krank zur Arbeit kommen sollen. Wenn es nach ihnen geht, sollen auch wir uns zu Tode schuften, um „unseren“ Konzernen auf dem Weltmarkt Vorteile zu verschaffen.

Doch genau darin liegt die Krux. Es sind nämlich nicht UNSERE Unternehmen. Wenn die Unternehmen den Arbeitenden und der Allgemeinheit gehören würden, würden wir sie im Gegenteil dazu nutzen, damit alle möglichst gut und lang leben können – und nicht kurz und schlecht.

„Die Bosse wollen Klassenkampf? Können sie haben.“

Am 21. September sind 175.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Autoindustrie in 280 Städten auf die Straße gegangen. Sie haben die Schnauze voll, den Kopf hinzuhalten, um in der Krise die Milliarden-Dividenden ihrer Bosse zu sichern.

Seit mehreren Jahren erleben sie einen Dauerangriff, mit Werksschließungen, Entlassungen und gigantischem Stellenabbau: bei VW, Bosch, ZF, Continental... Bei Mercedes vernichtet der Konzern tausende Stellen und will nun gleichzeitig alle übrigen zwingen, 5 Stunden MEHR zu arbeiten – ohne Lohn. Jetzt kommen noch die Angriffe der Regierung dazu.

Von Seiten der gewerkschaftlich aktiven Arbeiterinnen und Arbeiter gibt es seitdem immer mehr Druck auf die IG Metall-Führung, gegen diesen Generalangriff Widerstand zu organisieren. Der 21. September könnte hierfür ein Anfang sein. Allerdings nur, wenn die Arbeitenden, die kämpfen wollen, die Entscheidung darüber nicht der IG Metall-Führung überlassen.

Diese hat keine vier Wochen zuvor im VW-Aufsichtsrat erneut einstimmig (!) der Vernichtung weiterer 50.000 Stellen und der Schließung von bis zu 4 großen Autowerken zugestimmt – ohne die be-

troffenen Arbeitenden vorher zu fragen oder gar zu versuchen, Widerstand dagegen zu organisieren. Das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht für die Arbeitenden bei VW, sondern für alle Arbeitenden der Autoindustrie, die derzeit versuchen, sich gemeinsam gegen die Angriffe zu wehren.

Damit die Kämpfe so groß und wirksam werden wie möglich, ist es daher entscheidend, dass die kämpfenden Arbeiter sie selber in der Hand haben; dass sie dafür sorgen, dass sie gemeinsam über alle Fragen ihrer Proteste und Verhandlungen entscheiden.



„Zusammenhalt – über die Grenzen der Konzerne und Länder hinweg“

„Zusammenhalt ist unsere stärkste Marke“ war ein weiteres Motto des Protesttags, und ein besonders wichtiges. Denn seit Jahren versuchen die Manager den Arbeitenden einzureden, dass ihre Zukunft davon abhängt, wie viele Autos „ihr“ Unternehmen verkauft.

Dass die VW-Arbeiter also mit ihren Bossen im gleichen Boot sitzen würden – und die Arbeiter von Opel oder Mercedes ihre Konkurrenten wären. Sogar die Arbeiter im gleichen Konzern versuchen sie immer wieder gegeneinander auszuspielen. So sagen sie den VW-Arbeitern in Wolfsburg: „Ihr müsst konkurrenzfähiger werden – sprich billiger produzieren – sonst bekommt das Werk in Hannover

den Auftrag.“

Mit dieser Spaltung haben sie seit Jahren die Arbeitenden geschwächt und letztlich überall massiv schlechtere Arbeitsbedingungen durchgedrückt. Immer wieder wurde an dem Protesttag daher betont, wie wichtig es angesichts der aggressiven Politik der Bosse und der Regierung ist, über die Unternehmensgrenzen hinweg zusammenzuhalten.

Und das gilt nicht nur innerhalb Deutschlands! Die Bosse (nicht nur) der Autokonzerne haben viele Verschlechterungen durchgesetzt, indem sie behauptet haben, sie müssten „konkurrenzfähiger“ werden, um gegen-

über ihren Konkurrenten aus China oder den USA bestehen zu können. Diese Spaltung, bei der fast alle Politiker und viele Betriebsräte ebenfalls mitgemacht haben, war in den letzten Jahren ihre größte Waffe.

Dabei arbeiten die Beschäftigten in Deutschland, den USA und China teilweise für die gleichen Konzerne... zum Beispiel für VW. Und in allen Ländern sind sie Opfer ihrer Bosse, die ihre Profite erhalten, indem sie die weltweite Überproduktionskrise auf die Arbeiterinnen und Arbeiter abwälzen. Im Kampf dagegen sind die Arbeitenden Chinas, der USA und aller Länder unsere wichtigsten Verbündeten!

Linke Tankfüllung rein, rechte wieder raus?

Wenn der Tankrabbat im Oktober kommt, zahlen wir drei Monate lang zumindest 17 Cent weniger für den Sprit – was immer noch mehr als 2 Euro pro Liter sind. Selbst dann also müssen viele von uns noch „mal eben“ einen gesamten Tageslohn in ihr Auto füllen, nur um damit... dann wieder zur Arbeit fahren zu können.

Und vor allem: Wo wird die Regierung versuchen, die 3 Milliarden Euro nachher wieder einzusparen? Natürlich bei uns, der einfachen Bevölkerung.

Es reicht! Einen Barrel Öl zu fördern kostet rund 5 Dollar. Doch die Ölkonzerne und Spekulanten verkaufen ihn heute dreist für über 100 Dollar. Sie nutzen die Krisen und Kriege, um uns alle auszuplündern. Sie müssen bezahlen!

KI: Nicht nur die Computer - ihr ganzes System ist außer Kontrolle

Immer wieder haben in den letzten Wochen KIs für Aufsehen gesorgt, weil sie zur Erfüllung ihres Auftrags Sachen gemacht haben, mit denen niemand gerechnet hatte. Nicht einmal ihre Hersteller wissen, wozu die von ihnen entwickelten KIs fähig sind.

Doch in dem frenetischen Konkurrenzkampf, in dem jeder Konzern der erste sein wollte, wurden die KIs auf den Markt geworfen, bevor man die Auswirkungen überhaupt erforscht hat. Wie es schon bei so vielen Technologien im Kapitalismus geschehen ist – mit teilweise katastrophalen Folgen!

Seit den aufsehenerregenden Vorfällen diskutieren die Regierungen über mögliche Kontrollen. Und auch die Chefs großer KI-Konzerne wie OpenAI und Anthropic haben sich zu Wort gemeldet und erklärt, alle Unternehmen müssten nun gemeinsam die KI-Einführung verlangsamen.

Doch eines sollte uns klar sein: Wenn sich Konzernbosse, die mit KI ihr Geld verdienen, so äußern, dann verfolgen sie ihren eigenen Plan. Und bei dem geht es nicht um den Schutz der Menschheit.

Wir können und dürfen daher auf keine „freiwillige Selbstverpflichtung“ der Konzerne vertrauen. Und ebenso wenig auf staatliche oder internationale Kontrollbehörden, denen die Profit-Interessen der Konzerne immer viel zu wichtig sind. Wir brauchen uns doch nur anzusehen, wie es bei der angeblichen „Kontrolle“ der Lebensmittel- oder der Pharmaindustrie abläuft.

Und muss man daran erinnern, dass gerade viele Staaten in ihrem kriegesischen Konkurrenzkampf diskutieren, Atomwaffen zu bauen? Da können wir uns vorstellen, wie verantwortungsvoll sie mit KI umgehen werden.

Der Wahnsinn der Rechenzentren: Jeder Konzern will an KI mitverdienen

Nicht nur die KI-Programme sind außer Kontrolle. Überall sprießen Rechenzentren für KI aus dem Boden – ohne Plan, ob sie überhaupt gebraucht werden.

Allein in den USA sind mehrere tausend KI-Rechenzentren geplant.

In Deutschland bauen Microsoft, Google, Amazon, die Deutsche Telekom und Lidl derzeit KI-Rechenzentren. Sie verbrauchen riesige Mengen Kühlwasser. Und allein die beiden Rechenzentren, die LIDL derzeit baut, werden so viel Strom verbrauchen wie drei Millionen Haushalte. Ein Wahnsinn angesichts des derzeitigen Klimawandels!

Unabhängig von allen anderen Fragen im Umgang mit KI ist bereits diese „normale“ Funktionsweise des Kapitalismus eine lebensgefährliche Bedrohung.

Sanifair: Nur die Fassade ist blitzsauber

Sanifair (eine Subfirma von Tank&Rast) betreibt Toiletten auf Raststätten in ganz Deutschland. Dort arbeiten bulgarische Reinigungskräfte unter sklavenähnlichen Bedingungen.

Als Scheinselbstständige werden sie gezwungen, täglich zwölf Stunden und mehr zu arbeiten, nahezu ohne jemals einen Tag frei zu haben, und das bei einem Stundenlohn von 5 Euro. Das ist nur ein Drittel der 15 Euro Mindestlohn für Gebäudereiniger, den sie eigentlich bekommen müssten. Da sie oftmals in Wohnungen der Unternehmer wohnen, können sie nicht einfach so kündigen.

Wer schon einmal auf den Toiletten an einer Raststätte war und die 1 Euro Gebühr bezahlt hat, wird sich ausrechnen können, was Sanifair an Gewinn einstreicht. Aber alle waschen ihre Hände in Unschuld: Tank & Rast schiebt die Verantwortung auf Sanifair, die auf die Pächter der Tankstellen und diese wiederum auf die bulgarische Subfirma, mit der die Reinigungskräfte ihren Vertrag abschließen.

So funktionieren diese Subfirmen-Systeme: Keiner ist verantwortlich, aber alle profitieren von der dreckigen Ausbeutung der Arbeiter.



Viele Migranten arbeiten für kriminelle deutsche Bosse

Im Juni wurde ein Bauarbeiter ägyptischer Herkunft tot im Wald bei Hamburg gefunden. Mittlerweile ist klar: Der Tote hatte einen so schweren Arbeitsunfall, dass er an den Folgen gestorben ist. Doch statt den Notarzt zu rufen, haben seine Chefs den toten Arbeiter von der Baustelle in Hamburg-Wilhelmsburg quer durch die Stadt in den Wald geschafft. Denn niemand sollte herausfinden, unter welchen gefährlichen Bedingungen das Unternehmen die Migranten auf der Baustelle arbeiten lässt und sie dabei teilweise nicht einmal gemeldet und versichert hat.

Über diese Kriminellen, die hunderttausende, ja Millionen Migranten aufs Blut ausbeuten, hört man selten was. Kriminelle Ausbeuter, die meist sehr deutsch sind, in guten Vierteln leben und im Tennis-Club gemeinsam mit ihren Politiker- und Anwaltsfreunden über die „kriminellen Ausländer“ hetzen.

Charité: Streik gegen Vorstand und Regierung

Krankenhaus-Beschäftigte der Charité in Berlin streiken derzeit für den Erhalt ihres „Tarifvertrags Entlastung“.

2015 hatten sie in einem größeren Streik erkämpft, dass sie als Entschädigung für all die Schichten, in denen sie mit zu wenig Personal viel zu viele Patienten versorgen müssen, zusätzliche freie Tage bekommen. Ihr Streik wurde zum Vorbild für die Arbeitenden vieler Krankenhäuser, die in den Jahren danach ebenfalls ähnliche Maßnahmen gegen die extreme Arbeitsüberlastung erkämpft haben.

Als die Bundesregierung im Frühjahr mehrere Milliarden Euro an Einsparungen bei den Krankenhäusern beschlossen hat, hat der Vorstand der Charité dies sofort als Vorwand genommen, um den Tarifvertrag Entlastung vorzeitig zu kündigen. Und es ist ziemlich sicher, dass die Vorstände anderer Krankenhäuser mit solchen Tarifverträgen sich die Charité zum Vorbild nehmen werden.

Doch die Arbeitenden der Charité haben sofort reagiert. Sie sind gegen diesen Angriff in den Streik getreten. Sie können damit zum Vorbild für uns alle werden: Denn Streik ist die einzig wirksame politische Antwort auf die Kürzungspolitik der Regierung, nicht nur im Gesundheitswesen.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org